

Merkblatt:

Teilhabe am Arbeitsleben durch andere Leistungsanbieter gem.

§ 60 SGB IX;

Ausgestaltungskriterien für Leistungen im Arbeitsbereich (§ 58 i.V.m. § 60 SGB IX)

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) zum 01.01.2018 können Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen im Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich und/oder im Arbeitsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) haben, diese Leistungen auch außerhalb von WfbM bei „anderen Leistungsanbietern“ (§ 60 BTHG) in Anspruch nehmen.

Mit den „anderen Leistungsanbietern“ soll eine Alternative zur beruflichen Bildung und zur Beschäftigung in einer WfbM geschaffen werden, so dass Menschen mit Behinderungen die ihnen zustehenden Leistungen nicht nur in einer WfbM sondern auch außerhalb in Anspruch nehmen können.

Für die „anderen Leistungsanbieter“ finden mit Ausnahme von § 60 Abs. 2 Nrn. 1 – 6 SGB IX die für die WfbM geltenden Vorschriften Anwendung.

Für das Rechtsverhältnis zwischen dem Menschen mit Behinderungen und dem „anderen Leistungsanbieter“ gelten dieselben Regeln wie für einen Werkstattbeschäftigten in einer WfbM. Insbesondere besteht ein arbeitnehmerähnliches Beschäftigungsverhältnis für das der „andere Leistungsanbieter“ ein angemessenes Arbeitsentgelt zahlen muss und der Mensch mit Behinderungen erhält ein Arbeitsförderungsgeld im Rahmen der für die WfbM geltenden gesetzlichen Vorschriften.

Kriterien für die Zulassung der Form „anderer Leistungsanbieter“ in Niedersachsen:

Um Menschen mit Behinderungen auch in Niedersachsen mehr Möglichkeiten hinsichtlich eines alternativen Arbeitsumfeldes zu bieten, ist die Zulassung „anderer Leistungsanbieter“ unter den folgenden Prämissen möglich:

- Es erfolgt ein Abschluss als Einzelvereinbarung außerhalb des Landesrahmenvertrages. Die Einzelvereinbarung orientiert sich inhaltlich am Landesrahmenvertrag und der Regelleistungsbeschreibung für WfbM.
- Das Angebot soll grds. allen Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer WfbM haben, offenstehen.
- Keine Umwandlung bestehender WfbM zu einem „anderen Leistungsanbieter“.
- Die Kapazitätshöchstgrenze im Arbeitsbereich liegt bei 60 Plätzen.
- Eine Modularisierung, also die Möglichkeit nur einzelne Bausteine der Leistungen im Arbeitsbereich einer WfbM anzubieten, kommt restriktiv in Betracht. Es ist darauf zu achten, dass die Modularisierung nicht zu kleinteilig erfolgt und das Ziel der beruflichen Teilhabe erreicht wird.
- Hinsichtlich der Anforderung an die Personalausstattung der „anderen Leistungsanbieter“ gelten die gleichen Regelungen wie für WfbM.
- Das im WfbM-Bereich bewährte HMBT-Verfahren zur Einstufung in Hilfebedarfsgruppen und eine nach Hilfebedarfsgruppen gestufte Vergütung finden Anwendung.
- Es ist eine Absenkung der Vergütungen für die Grund- und Maßnahmepauschalen aufgrund der fehlenden Aufnahmeverpflichtung um 10 % gegenüber der WfbM-Vergütung vorzunehmen. Bei der Modularisierung darf die Vergütung für die Gesamtleistungen nicht über der Vergütung eines Gesamtangebotes liegen.

- Die für WfbM entsprechenden Investitionsbeträge bilden die Obergrenze; aufgrund der geringeren Anforderungen an die sächliche und räumliche Ausstattung, sind im Einzelfall angemessene Abschläge vorzunehmen.
- Prüfungsvereinbarungen wie im Landesrahmenvertrag u.a. für WfbM vorgesehen, sollen über vertragliche Regelungen auch für „andere Leistungsanbieter“ übernommen werden. Dabei erfolgt eine Orientierung an den ab 01.01.2020 geltenden weitergehenden gesetzlichen Regelungen (§§ 128 – 130 SGB IX neu).
- Es ist ein Fachausschuss bei jedem „anderen Leistungsanbieter“ entsprechend den für die WfbM geltenden Regelungen einzurichten.
- Fahrtkosten werden mit einem maximalen Höchstbetrag von 115,- Euro monatlich anerkannt. Die Abrechnung erfolgt nicht pauschal für alle Beschäftigten des „anderen Leistungsanbieters“ sondern nur für Personen, bei denen tatsächlich Fahrtkosten anfallen.
- Es werden sowohl gemeinnützige wie auch gewerbliche Anbieter für die neue Leistungsform zugelassen.

Erst nach Prüfung der Anträge können Vereinbarungen gem. §§ 75 ff SGB XII (§§ 123 Abs. 1, 125 SGB IX) zur Teilhabe am Arbeitsleben durch andere Leistungsanbieter gem. § 60 SGB IX mit entsprechenden Leistungs-, Prüfungs- und Vergütungsvereinbarungen geschlossen werden.

Anlage:

Übersicht der einzureichenden Unterlagen